

## KURZ UND PRÄGNANT

### Vorratsdatenspeicherung ausgesetzt

Die Netzpolitikerin der Linksfraktion Katharina König-Preuss hat die Entscheidung der Bundesnetzagentur, die Durchsetzung des Gesetzes zur Vorratsdatenspeicherung auszusetzen, begrüßt.

„Dass die Durchsetzung des Gesetzes, das die massenhafte Speicherung sämtlicher Verbindungsdaten ab 1. Juli vorschrieb, ausgesetzt wird, ist nur ein folgerichtiger Schritt. Das Gesetz ist nicht vereinbar mit europäischem Recht, wie ein Gericht in Nordrhein-Westfalen erst kürzlich bestätigte, und auch nicht mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. DIE LINKE hat sich von Anfang an gegen dieses Gesetz gestellt. Das Gesetz sollte so schnell es geht aufgehoben werden, denn die Aussetzung bis zu einer Grundsachenentscheidung bringt den Telekommunikationsanbietern zusätzliche Unsicherheit. Ungeachtet einer solchen Entscheidung bleibt DIE LINKE aber der Überzeugung, dass die Vorratsdatenspeicherung als Ganzes abzulehnen ist, da sie alle Menschen unter einen pauschalen Verdacht stellt, unnötige und gefährliche Mengen an Daten anhäuft und die Arbeit von Journalisten, Anwälten, Ärzten, Pfarrern und anderen in demokratiefeindlicher Weise beeinträchtigt.“ ■

## Dank an Birgit Klaubert für unermüdliches Engagement

DIE LINKE bedauert, dass Dr. Birgit Klaubert aus gesundheitlichen Gründen den Verzicht auf die weitere Ausübung ihres Amtes als Bildungsministerin erklärt hat. Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Landesvorsitzende, erklärte: „Unser herzlichster Dank gilt Birgit Klaubert für ihre geleistete Arbeit – sowohl viele Jahre im Landesparlament als auch als Mitglied der ersten rot-rot-grünen Landesregierung. Birgit Klaubert hat die Kultur- und Bildungspolitik der LINKEN in den letzten zwei Jahrzehnten in einem hohen Maß geprägt und mit ihrem Engagement dazu beigetragen, breite Anerkennung für linke Politik zu schaffen.“

Birgit Klaubert war vor ihren politischen Funktionen als promovierte Lehrerin tätig. Als sie für die PDS in den Landtag einzog, gestaltete sie insbesondere als kulturpolitische Sprecherin ein Kernthema für die Fraktion. Zudem brachte sie ihren hohen Sachverstand in die Arbeit des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur ein. Ab 1995 war Birgit Klaubert bis zum Ende der zweiten Legislatur Vorsitzende der PDS-Fraktion im Landtag, 1999 wählte sie der Thüringer Landtag zu seiner Vizepräsidentin. „Frau Dr. Klaubert verfügt weit über Thüringen hinaus über einen sehr guten Ruf als Bildungs- und Kulturpolitikerin. Sie hat ihr Amt mutig und beherzt ausgefüllt, die bestehen-

den praktischen Probleme deutlich gesehen und ist sie angegangen. Nichtsdestotrotz hat sie sich nicht von der Entwicklung zukunftsweisender Konzepte abhalten lassen. Damit hat sie viel für eine bessere Bildungspolitik erreicht“, unterstrich Susanne Hennig-



Wellsow. Besonders herauszuheben ist ihre Arbeit im Bereich der Inklusion, die sie konzeptionell auf den Weg gebracht hat. Selbst beständiger harter Gegenwind hat sie nicht davon abgehalten, die so wichtigen Schritte zu mehr Gerechtigkeit für alle Kinder zu gehen. Beim Berufsschulnetz hat sie eine abgestimmte landesweite Planung konzipiert und eingeleitet. Eine ihrer Herzensangelegenheiten war die Verbesserung der Personalsituation an den

Schulen, insbesondere die Wiedereinführung einer Vertretungsreserve und die Neueinstellung von 1.900 neuen LehrerInnen seit 2015. Zu ihrer Amtszeit gehörte auch die Rückholung der Hort-Bediensteten in den Landesdienst. Damit hat sie eine unübersichtliche und rechtlich höchst problematische Situation zum Vorteil der Beteiligten – vor allem aber der Kinder – geklärt. Diese Weichenstellung war auch eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von Ganztagschule in den kommenden Jahren. Die Einführung eines kostenfreien Kita-Jahres ab 2018 ist nicht zuletzt ihrer politischen Hartnäckigkeit zu verdanken. „Ich wünsche ihr ausdrücklich hinsichtlich ihrer gesundheitlichen Situation alles Gute, Zufriedenheit beim Rückblick auf Geleistetes und die zurückgelegte politische Wegstrecke, aber auch die nötige Unruhe für weiteres politisches Engagement. Ich bedanke mich von Herzen für die geleistete politische Arbeit und die bisherige gemeinsame Zeit.“

Dank gelte auch dem Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, für seine engagierte und Arbeit in Vertretung für die erkrankte Ministerin. Dem designierten Nachfolger im Amt, Helmut Holter, der jüngst an einer Studie zur Schulentwicklung in Thüringen mitgewirkt hat, wünsche sie eine glückliche Hand bei der nun anstehenden Umsetzung dieser und anderer inhaltlicher Konzepte und sicherte ihm die Unterstützung der Fraktion zu. ■

## Endlich! - Ehe für alle ist jetzt da

„Nach einem jahrzehntelangen gesellschaftspolitischen Kampf vieler Initiativen und AktivistInnen ist es endlich geschafft: Die Ehe für alle ist da und beschlossenes Gesetz. Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der vollständigen Gleichstellung von Lesben und Schwulen ist erreicht“, unterstreicht Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion. Die PDS bzw. DIE LINKE in Thüringen setzte sich schon von Anfang an für eine Öffnung der Ehe für alle ein.

Die Linksfraktionärin begrüßt, dass es auch die Möglichkeit gibt, schon bestehende eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften in eine Ehe umzuwandeln.

„Es bleibt zu hoffen, dass konservative ‚Bollwerke‘ nun nicht versuchen, das Gesetz wieder zu kippen. Diese Bremser müssen einsehen: Es geht hier um den laizistischen zivilrechtlichen Ehebegriff. Der Gesetzgeber kann entscheiden, welchen Formen des Zusammenlebens er den Weg zur Zivilehe und zum Standesamt eröffnet. Die Gleichstellung in Sachen Ehe ist auch von entscheidender Bedeutung für das Adoptionsrecht, eine praktisch wichtige Frage für lesbische und schwule Paare.“

„Es ist sehr positiv, dass zumindest bei dieser Grundsatzfrage ‚Ehe für alle‘ ein rot-rot-grünes Themenprojekt im Bundestag möglich geworden ist. Dass manche Thüringer Bundestagsabgeordneten der CDU der Ehe für alle offensichtlich ablehnend gegenüberstehen, befremdet sehr“, sagt Karola Stange. Nach Artikel 2 der Thüringer Verfassung gilt ein umfassendes Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Orientierung. „Es wirkt seltsam, wenn einem Abgeordneten die eigenen weltanschaulichen Befindlichkeiten wichtiger sind als die Verfassung seines Herkunftsbundeslandes.“

In diesem Zusammenhang weist die LINKE-Gleichstellungspolitikerin darauf hin, dass die LINKE-Fraktion in dieser Wahlperiode in Drucksache 18/8 einen mit dem nun beschlossenen Gesetz gleichlautenden Entwurf als erste Fraktion in den Bundestag eingebracht hatte und dass der nun vom Bundestag beschlossene Gesetzentwurf des Bundesrates von den Ländern Thüringen und Rheinland-Pfalz in die Länderkammer eingebracht worden war.

Als „Wermutstropfen“ wertet Karola Stange, dass die SPD erst in Wahlkampfzeiten die Möglichkeiten der seit Anfang der Wahlperiode im Bundestag vorhandenen rot-rot-grünen Mehrheit entdeckt. Solche Schritte der gesell-

# Liebe setzt sich durch!

## #ehefueralle

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

schaftspolitischen Fortentwicklung seien praktisch schon viel früher und auch bei anderen Themen möglich gewesen, aber die SPD habe dies ungenutzt gelassen und einem rot-rot-grünen Gesamtprojekt zumindest auf Bundesebene leider eine Absage erteilt.

Die Abgeordnete weiter: „Doch wie dem auch sei, DIE LINKE wird sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene auch zukünftig für den weiteren Abbau von Benachteiligungen und für die vollständige gleiche Teilhabe von Lesben und Schwulen und allen anderen sexuellen Identitäten einsetzen.“ Das betreffe „die Bekämpfung von Diskriminierung wegen der sexuellen Ori-

entierung bzw. Identität im Alltag, die Aufnahme eines dem Thüringer Modell vergleichbaren Diskriminierungsverbots in Artikel 3 des Grundgesetzes, die Beseitigung des rechtlich immer noch geltenden Blutspende-Verbots für homosexuelle Männer, die Fortentwicklung von Lehrplänen und Schulmaterialien und auch die tatsächliche Gleichstellung und Rechtssicherheit für Transsexuelle“, so die LINKE-Gleichstellungspolitikerin.

Auch der Bundesrat hat nach der Abstimmung im Bundestag die Ehe für alle am 7. Juli gebilligt. Der Beschluss wurde fast einstimmig gefasst. ■